

Erhöhte Alarmbereitschaft

Seit den Terroranschlägen auf Bali vom 12. Oktober 2002 befinden sich Singapurs Sicherheitskräfte in erhöhter Alarmbereitschaft, um mögliche terroristische Aktionen gegen Einrichtungen im Stadtstaat zu verhindern. Von zentraler Bedeutung wird dabei neben der Sicherung militärischer Einrichtungen vor allem der Schutz der zahlreichen ausländischen Einrichtungen in Singapur sein.

Anfang November berichtete die regierungsamtliche *Straits Times*, dass bewaffnete Militäreinheiten zum Schutz von Jurong Island eingesetzt werden. Die künstlich geschaffene Insel vor der Südwestküste Singapurs ist Standort für etwa 70 Unternehmen der petrochemischen Industrie, darunter multinationale Konzerne wie *Shell* und *Exxon Mobile*. Regelmäßige Patrouillen sowie ein verstärkter Küstenschutz sollen die Produktionsanlagen vor möglichen Terroranschlägen schützen. Im Frühjahr dieses Jahres soll dann zusätzlich ein neuer Kontrollpunkt mit hochmoderner Technologie den Zugang zur Insel überwachen helfen.

Trotz der angespannten wirtschaftlichen Lage plant die Regierung darüber hinaus auch eine weitere Erhöhung der Militärausgaben im nächsten Jahr. Verteidigungsminister Tony Tan gab hierzu bekannt, dass das Budget seines Ministeriums in diesem Jahr höher als die derzeitigen 8,2 Milliarden Singapur-Dollar ausfallen wird.

vgl. AFP, Singapur, 06.11.2002; Reuters, Singapur, 14.12.2002

Folgen der Krise

Singapurs Wirtschaft verharrt in der Krise und ein Ende des Abwärtstrends, etwa auf dem Arbeitsmarkt, ist auch weiterhin nicht in Sicht. Folgen dieser Entwicklung sind unter anderem die Zunahme von Arbeitskonflikten, der Anstieg der Insolvenzen im Stadtstaat sowie der gesteigerte Wunsch vor allem höher Qualifizierter, das Land zu verlassen.

Nach Angaben des Arbeitsministeriums hat sich die Zahl der Arbeitskonflikte im letzten Jahr (2002) nahezu verdoppelt. In der Mehrzahl der mehr als 20.000 Streitfälle ging es dabei um ausstehende Lohnzahlungen für die Arbeiter. Lediglich 17 Prozent der Beschäftigten sind in Singapur gewerkschaftlich organisiert, wo der letzte Streik 1986 stattfand.

Aufgrund der anhaltenden wirtschaftlichen Krise verzeichnete der Stadtstaat 2002 den größten Anstieg an Insolvenzen seit Jahrzehnten. In den ersten neun Monaten des letzten Jahres nahm die Zahl der Privatinsolvenzen gegenüber dem Vorjahr um zehn Prozent auf den höchsten Wert seit 1986 zu. Und

auch bei den Firmeninsolvenzen war ein Anstieg um sechs Prozent zu verzeichnen. Allein die Banken in Singapur mussten ›faule‹ Kredite ihrer Kreditkartenkunden im Wert von 12,9 Millionen Singapur-Dollar verbuchen.

In einer Umfrage vom August 2002 gab mehr als ein Fünftel der Befragten an, sich angesichts der schlechten Arbeitsmarktlage einen Weg aus Singapur vorstellen zu können. Die Untersuchung bestätigt frühere Umfrageergebnisse und zeigt, dass die Krise besonders bei hoch Qualifizierten zu einem Anstieg der Auswanderungswünsche führt. Ein solcher ›Brain Drain‹ könnte die Wirtschaft des Stadtstaats vor weitere Probleme stellen.

vgl. *Sydney Morning Herald*, 05.09.2002; AFP, Singapur, 03.10.2002; Ass. Press, Singapur, 02.12.2002

Maids werden teurer

Angesichts der anhaltend hohen Zahl von mehr als 100.000 Arbeitslosen hat Singapurs Regierung vorge-schlagen, die Steuern auf die Beschäftigung ausländischer ›Hausmädchen‹ (Foreign Domestic Maids) zu erhöhen. Ein Vorschlag, der jedoch auf wenig Gegenliebe bei den betroffenen Haushalten führte.

Derzeit leben etwa 140.000 Migrantinnen – die Mehrzahl von den Philippinen und aus Indonesien – in Singapur, wo sie zu Durchschnittslöhnen von etwa 540 Singapur-Dollar (circa 310 Euro) als Maids beschäftigt sind. Dafür müssen ihre Arbeitgeber noch einmal eine monatliche

Steuer von derzeit 345 Singapur-Dollar entrichten. Die Anhebung der Steuer soll, so die Regierung, Haushalte dazu anhalten, verstärkt einheimische Arbeitskräfte zu beschäftigen. Proteste seitens der Arbeitgeber verweisen jedoch darauf, dass einheimische Arbeitskräfte keine adäquate Alternative zu den ausländischen Arbeitskräften darstellen.

vgl. *South China Morning Post*, 30.10.2002

nachrichten

Konflikt um Wasser weiter aktuell

Der Konflikt zwischen Malaysia und Singapur um die zukünftige Regelung der Wasserversorgung für den Stadtstaat bleibt weiterhin aktuell. Auch ein zweites Treffen zwischen Malaysias Premier Mahatir und Singapurs Lee Senior hat zu keiner Lösung des Problems beigetragen. Beide Seiten bereiten sich nun offenbar darauf vor, den Streit vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag zur Anhörung zu bringen.

Meinungsverschiedenheiten existieren einmal über den Preis, den Singapur in Zukunft für die Lieferung von Wasser aus Malaysia zahlen soll beziehungsweise zu zahlen bereit ist. Derzeit zahlt der Stadtstaat drei Malaysische Sen (weniger als einen halben Cent) je 1.000 Gallonen Rohwasser. Malaysia fordert einen Preis von 60 Sen für zukünftige Lieferungen, während Singapur bisher lediglich 45 Sen bereit ist zu zahlen.

Die Verhandlungen wurden bisher dadurch erschwert, dass Singapur darauf bestand, das Thema gemeinsam mit einer Reihe weiterer kritischer Fragen zu verhandeln, während Malaysia separate Verhandlungen über die Wasserlieferungen präferierte. Mit dem möglichen Gang zum Internationalen Gerichtshof wäre zumindest dieser Disput im Sinne Malaysias entschieden.

vgl. AFP, Singapur, 31.10.2002; 01.11.2002